

Saale-Beitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 getheilten Kolonnen ober deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in anderen Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expositionen angemessen. Neben die Seite 75 Nr. für Halle, Annoncen 1 Pfg.

Erscheint täglich einmal. Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, G. Braunsstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Die Halle einschließlich der postmäßigen Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsberechnung unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unbedingte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktion nur mit Quittungsbekanntgabe „Saale-Bl.“ gestattet.

Verkaufsstelle der Redaktion Nr. 114/2; der Expedition Nr. 178; der Annoncenabteilung Nr. 1123.

Nr. 467.

Halle a. S., Freitag, den 4. Oktober.

1912.

Der Parteitag in Mannheim.

In Mannheim tritt heute abend der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen, der erste seit der am 6. März 1910 erfolgten Vereinigung der drei Linksparteien. Der Parteitag wird sich mit programmatischen und organisatorischen Fragen von großer Tragweite befassen und es wird sich dabei erweisen, wie weit die innere Versöhnung der drei verschiedenen Richtungen, die heute die Partei bilden, vorangeschritten ist. Gewiß wird es in Mannheim an Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen, wie das bei selbstständigen und selbstbestimmenden Männern selbstverständlich ist; man kann aber erwarten, daß die Partei als solche die praktische Probe ihrer Einheit glänzend bestehen wird. Als die Versöhnung erfolgte, stand ihr mancher erprobter Parteigenosse zweifelnd und bang gegenüber; man rechnete mit einer Periode innerer Reibungen, bis aus dem neuen Zusammenhalt auch ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden sei. Heute weiß man, wie überraschend gut sich der Nebengang in die neuen Verhältnisse vollzogen hat, und man erkennt daraus mit Befriedigung, wie groß die innere Gemeinschaft der drei Richtungen bereits geworden ist, wie es sich auch in den letzten Reichstagswahlen in der starken Stimmzunahme erwiesen, die zeigt sich aber auch in den Anschließern neuer Kräfte. Die Jugend und die Frauen, die Arbeiter und die Landwirte haben den Anstoß an die Partei und sie werden in Mannheim vertreten sein. Diese vermehrte Anziehungskraft ist für die Partei erfreulich, wenn auch darin veränderte Zeitumstände mitwirken. Aber daraus erwächst der Partei zugleich auch die Aufgabe, diesen Strömungen ein vermehrtes Interesse zuzuwenden und den neuen Gruppen jene Beachtung zukommen zu lassen, die innerhalb ihrer Gesamtaufassung möglich ist. Niemand kann ihr ein Abwinken von ihren erprobten Grundgedanken zumuten, es wird aber eine Ergänzung und Erweiterung des Programms in Frage kommen. Zum Teil handelt es sich dabei um prinzipielle, zum Teil um praktische Forderungen. Der Wille zur Macht, der noch vor kurzem bei den Linksparteien als Utopie erscheinen konnte, bewegt sich heute auf durchaus realem Boden. Denn für wichtige Fragen ist bereits eine Mehrheit der Stimmen im Reichstag vorhanden und man kann ihre Verstärkung durch künftige Wahlen mit aller Zuversicht erwarten. Das ist eine Situation, der auch die Parteien, wenn sie praktische Politik treiben wollen, Rechnung tragen müssen, genau so wie sie verfahren würden, wenn sie heute zur Regierung kämen. „Endziele“ lassen sich selten plötzlich verwirklichen, sie beanspruchen Uebergangsstadien. Das trifft für die Gegenwart insbesondere auf die wirtschaftlichen Fragen zu, deren Lösung nicht ohne Schonung der gemordeten Verhältnisse möglich ist.

Der Parteitag wird sich mit der brennendsten Gegenwartsfrage, der Steuerung, beschäftigen und er wird die Mittel vorschlagen, die den schwer leidenden Konsumenten gerecht werden, er wird aber dabei auch den festen Willen zur Befähigung einer entscheidenden bauernfreundlichen Haltung bekunden; keine Befehl, aber eine Produktionspolitik — das ist es, was die Landwirtschaft braucht und was der Allgemeinheit zum Vorteil gereicht!

Die weiteren Fragen betreffen die Arbeiter und die Frauen. Bei den Arbeitern handelt es sich zunächst um die Ausnahme des stehenden Gehaltens der Schaffung eines sozial-fortschrittlichen Arbeitsrechtes. Ueber diese Grundfrage wird man voraussichtlich einig sein, wenn man sich auch nicht auf Einzelheiten festlegen will, die eine gründliche Durchdringung beanspruchen. Darüber hinaus hat die Partei alles Interesse daran, das aufkeimende Vertrauen der liberalen Arbeiterschaft zu festigen und vielen intelligenten Kreisen den sicheren Rückhalt zu bieten, auf den sie rechnen. Hier heißt es, auf Bewegungen der Zukunft, die sich allem Anschein nach vorbereiten, rechtzeitig Rücksicht zu nehmen und Fesler, die in der Vergangenheit befangen wurden, nicht zu wiederholen. Die hauptsächlichsten Debatten werden sich aber, nach den Präferenzforderungen zu urteilen, um die Frauenfrage drehen. Die Frauenbewegung ist in Deutschland verhältnismäßig jung, sie hat ihre rechtliche

Grundlage erst durch das neue Vereinsgesetz erhalten. Erst seitdem ist den Frauen ein politisches Vereinsleben ermöglicht worden und man muß ihnen zugestehen, daß sie von dieser Möglichkeit inzwischen fleißigen Gebrauch gemacht haben. Wenn ihre Bewegung noch nicht jene Tiefe und Mächtigkeit gewonnen hat wie früher das Ringen der Männer um eine Konstitution, so liegt das ebenso an der Kürze der Zeit wie an den natürlichen Schwierigkeiten, die einstweilen noch der Politisierung der Frauen entgegenstehen.

Für die Fortschrittliche Volkspartei muß es sich u. E. in erster Linie nicht um diese, sondern um das Prinzip der Gleichberechtigung handeln; das ist eine grundsätzliche Frage, die als solche mit all der Schwere und all dem Ernst zu erörtern ist, die sie veranlassen kann. Die wählende oder gönnerhafte Art, in der sich einzelne Zeitungen mit ihr befassen, möchten wir von dem Parteitag ferngehalten wissen. Im übrigen verbleiben wir die Augen keineswegs vor der Tatsache, daß namhafte Parteikreise heute noch nicht so weit sind, den Frauen die volle staatsbürgerliche Gleichheit zu erkennen, und wer in dieser Frage ein Prinzip erklährt, wird Bedenken tragen müssen, in solchen Dingen nach bloßer Mehrheit zu entscheiden. Angelegenheiten innerer Ueberzeugung lassen sich, zumal nach demokratischer Auffassung, nicht mit Gewalt erzwingen, für sie müssen zunächst die Gemüter gewonnen werden. Daß es in dieser Richtung erfreulich vorangeht und heute aller Voraussicht nach bereits eine Mehrheit der Partei für die Frauenrechte gewonnen ist, läßt eine volle Einigung auch in dieser Frage in naher Zeit erwarten. Glücklicherweise ist allerdings der Frauenparagraf des Parteiprogramms nicht. Da aber das Programm lediglich die Mindestforderungen darstellt, für die jeder eintreten muß, der sich der Partei anschließt, so ist die Anerkennung der weiteren Frauenforderungen niemand verweigert und auch jetzt schon mit der Zugehörigkeit zur Partei durchaus zu vereinbaren. Darüber wird der Parteitag keinen Zweifel lassen. Durch eine Mehrheit veranlaßte Programmänderungen haben zurzeit für die Volkspartei noch um deswillen etwas Mißliches, weil das Programm ein Bestandteil des Fusionsvertrages ist und die Minderheit auf Anerkennung dieses Vertragscharakters dringen würde.

Nicht minder wichtig sind die organisatorischen Fragen, die in Mannheim geordnet werden sollen. Es ist nur zu billigen, wenn jetzt auch die liberalen Parteien die Bedeutung einer festen Organisation mehr betonen, denn in Organisation und Agitation drückt sich das eigentliche Leben der Partei aus. Es ist in dieser Beziehung vieles gebessert worden, aber noch manches bleibt zu tun, bis die Organisation im ganzen Reiche vollendet und bis sie absolut schlagerfertig ist. Daneben liegt der Wunsch auf jährliche Einberufung des Parteitages, dessen Erfüllung das Parteileben gleichfalls anregen würde, wie ja früher einzelne der getrennten Parteien alljährlich zusammenkamen. So fehlt es der Mannheimer Zusammenkunft nicht an wichtigen, für die Zukunft der Partei bedeutungsvollen Aufgaben. Man wird an ihre Lösung mit dem frischen Geist herantreten, der auf die Zukunft hofft, mit der Freude an dem erzielten Gewinn der Einigung und mit dem Vertrauen in den festen Fortbestand der Fortschrittlichen Volkspartei, die innerhalb des Ganzen ein unentbehrliches Kulturinstrument darstellt.

Was wollen die Serben?

Von Dr. Uladan Georgewitsch.

ehemal. serbischen Ministerpräsidenten. Die Garantien und Forderungen auf eine bessere Zukunft, die den Serben im Berliner Vertrag von 1878 geflossen worden waren, sind durch die österreichische Annexation Bosniens und der Herzegowina vor drei Jahren vernichtet worden. Der vom Berliner Vertrag geschaffene Zustand existiert nicht mehr. Es muß eine neue Ordnung der Dinge geschaffen werden. Die Serben müssen heute die Bedingungen für ihre Existenz und ihre wirtschaftliche Entwicklung fordern, die ihnen der Berliner Vertrag nicht gegeben hat. Man muß den beiden serbischen Ländern Serbien und Montenegro eine derartige internationale Stellung geben, daß sie sich in nationalen Geiste entwickeln können. Das ist einzig und allein durch eine vollständige Autonomie zu erreichen.

Im übrigen können die Forderungen Serbiens und Montenegros in zwei Gruppen geteilt werden. Die ersten sind territorialer Natur und die zweiten betreffen das Recht an Kommunikationen. Die territoriale Forderung verlangt einen schmalen Landstreifen an der südlichen Grenze von Bosnien und der Herzegowina. Die Gründe für die Forderung dieses schmalen Landstreifens liegen darin, daß durch

ihn Serbien und Montenegro, Staaten ein und desselben Volkes, in einem politischen Ganzen vereinigt werden sollen, das bei Sutorina des Adriatischen Meeres erreichen würde. Dadurch wäre zugleich das türkische Territorium von Oesterreich-Ungarn getrennt!

Bosnien und die Herzegowina erlitten keinen Schaden, denn diese Länder würden einige Transversalstraßen behalten, die zum Adriatischen Meere führen und die für ihre wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind. Durch diesen schmalen Landstreifen würde der Zusammenfluß der Drina, der ein natürliches und geographisches Ganzes bildet, mit Serbien und Montenegro auch eine politische Einheit bilden. Die Grenze wäre durch die Wasserstraße zwischen Bosna und Drina gegeben. Der größte Teil dieses Drinagebietes war auch in den früheren historischen Zeiten nicht mit Bosnien vereinigt, sondern hat mit Serbien, bezw. mit dem alten Raasien ein politisches Ganzes gebildet. Diese Gebietszone ist 10 519 Quadratkilometer groß. In Montenegro würde ein Teil von 4773 Quadratkilometer und an Serbien 5745 Quadratkilometer fallen. Die mittlere Breite dieser Zone beträgt etwa 30 Kilometer. An der schmalsten Stelle wäre sie nur 9 Kilometer breit, auf der breitesten etwa 60 Kilometer. In demjenigen Teile, der Serbien zufiele, leben 303 997 Einwohner, von denen 53 Prozent Orthodoxe, 42 Prozent Mohamedaner und 5 Prozent Katholiken sind. In jenem Teil der Zone, der Montenegro zufallen würde, gibt es 113 120 Einwohner, von denen 53 Prozent Orthodoxe, 29,4 Prozent Mohamedaner und 7 Prozent Katholiken sind. Serbien bekäme die Städte Bijelina, Swornik, Grebarniza, Maljeniza, Rogatiza, Wishegrad und Tschajnitze. — Montenegro bekäme Jotiska, Gahlo, Miletje, Trebinje und Nevesinje. Durch diesen schmalen Streifen, der ein natürliches Tal bildet, könnte man die Kommunikation zwischen Serbien und Montenegro zu dem Adriatischen Meer herstellen. Für das erste kann einzig und allein das Drinatal dienen, die zweite wichtige Kommunikation besteht in einer alten Handelsstraße, deren sich früher der serbische Handel bediente, um an das Adriatische Meer zu kommen. Die Abtretung dieses schmalen Landstreifens an Serbien und Montenegro hat eine gewisse Bedeutung auch für die übrigen Staaten Europas. Wenn Oesterreich-Ungarn in diese Abtretung einwilligte, wäre der Beweis geliefert, daß es auf weitere Eroberungen auf der Balkanhalbinsel verzichtete. Die Bedeutung dieses Landstreifens für Serbien läge bloß darin, daß sein Export auch in schwierigen Zeiten und auch bei Konflikten mit der Türkei gesichert wäre.

Nach den genauesten und wissenschaftlich überprüften statistischen Nachweisen zählt heute die serbische Nation 9 566 200 Menschen oder in runder Zahl 10 Millionen, die die serbische Sprache als Muttersprache sprechen. Die serbische Nation nimmt ihrer Zahl nach den dritten Platz unter den slavischen Nationen ein, unmittelbar hinter den Russen und den Polen. Von der deutschen Reichsgrenze bis nach Konstantinopel gibt es kein größeres Volk als das serbische. Es ist größer als die Tschechen, als die Magyaren, als die Bulgaren und Griechen. Der jährliche Zuwachs des serbischen Volkes beträgt 100 000. Er ist größer als bei den Nachbarn Österreichern. Das serbische Volk gehört zu denjenigen, die am schnellsten anwachsen.

Obwohl das serbische Volk heute auf vier Staaten und sieben Administrationen verteilt ist, obwohl die Kommunikationen zwischen diesen sieben Brudervölkern sehr schlecht sind und absehlich vermindert werden, ist trotzdem in der neueren Zeit eine lebhaftere Bewegung zu verzeichnen, eine gemeinsame wirtschaftliche Arbeit zu leisten. Diese Bewegung zeigt sich in den Raiffeisenerischen Bauernvereinen, die schon in allen von Serben bewohnten Ländern organisiert werden, in den nationalen Geldinstituten, die überall entstehen, und in der serbischen ökonomischen Organisation in Agrar. Von Ästien bis tief nach Mazedonien können sich alle Bauern in ihrer serbischen Muttersprache verständigen. Bei keinem anderen Balkanvolke ist das nationale Selbstbewußtsein, mit Ausnahme der Griechen, so stark entwickelt wie bei den Serben. Serbien und Montenegro verlangen die aller-gewöhnlichsten Garantien und das Gebietsminimum, das zu ihrer nationalen Entwicklung unumgänglich notwendig ist.

Das Kriegstheater auf dem Balkan.

Die heute vorliegenden Depeschen befragen: H. T. B. Athen, 4. Okt. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die Mächte beschlossen haben, Kreta wieder zu besetzen. Die neue Nachricht hat auf Kreta eine große Erregung hervorgerufen und zu Erwägungen der politischen Führer über etwaige zu unternehmende Schritte geführt. Es werden Maßnahmen verweigert gegenwärtig vorgeföhrt. — Konstantinopel, 4. Okt. (Telegr.) Der Minister des Innern verbot durch Zirkularbefehle jede Ausfuhr von Getreide. Die Regierung erwartet Montag die entscheidenden Erklärungen der Balkanmächte. — Wien, 4. Okt. (Telegr.) Die Südslawische Korrespondenz veröffentlicht folgende Erklärung des Königs von Montenegro:



Noch besteht die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, wenn sich die Türkei in letzter Stunde zum Einlenken entschließt. Montenegro hat immer den Frieden gewollt. Kommt es zum Kriege, dann hat ihn die Türkei dem Balkan ausgeworfen. Nach derselben Korrespondenz erklärte der russische Vorkämpfer Glez dem König Nikolaus von Montenegro, daß Rußland eine kriegerische Aktion gegen die Türkei weder billigen, noch eine solche unterstützen werde. Rußland erwartete von Montenegro große Mäßigung und Zurückhaltung.

Sofia, 4. Okt. (Telegr.) Das vorbereitete Memorandum an die Türkei wird maßvolle Forderungen ohne Erwähnung der Autonomie für Mazedonien enthalten.

Paris, 4. Okt. (Telegr.) Im Ministerium des Äußeren wird über den Verlauf der Balkankrise und über die Haltung der Großmächte folgendes mitgeteilt: Die im Orient interessierten Mächte haben sich während der letzten Zeit, wie immer, bemüht, für den Fall, daß ein Krieg unvermeidlich wird, ihn in seiner Ausdehnung zu beschränken und zu lokalisieren. Infolgedessen haben sich die Mächte der Triple-Entente verständigt über die von ihnen übereinstimmend in Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen zu unternehmenden Vorstellungen.

Budapest, 4. Okt. (Telegr.) Nach Mitteilungen aus guter Quelle ist die kommerzielle Welt der Monarchie derzeit in der Türkei, in Bulgarien, Serbien, Rumänien und Montenegro mit etwa 100 Millionen interessiert.

Konstantinopel, 4. Okt. (Telegr.) Die Feindseligkeiten an der Grenze sollen begonnen haben. Einzelheiten fehlen noch. Angeblich hat bulgarische Kavallerie bei Mustafa Pascha, nördlich von Adrianopel, türkisches Gebiet berührt.

London, 4. Okt. (Telegr.) Der Korrespondent des „Exchange Telegraph“ in Konstantinopel berichtet von einem Treffen, welches jüdisch der bulgarischen Stadt Sarmanus stattgefunden hat. Wie verlautet, sollen ungefähr 400 Mann getötet worden sein.

Paris, 4. Okt. (Telegr.) Der Korrespondent des „Newport Herald“ in Sofia berichtet über ein Interview mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Gschom, welcher ihm erklärte, daß weder Bulgarien noch irgend ein anderer der Balkanstaaten, die für sich die Mobilisation anordneten, die Absicht habe, ihr Gebiet zu erweitern. (?) Sie wollen lediglich das Schicksal der Christen in den türkischen Provinzen verbessern, nachdem Europa sich seit Jahren seiner Pflicht entzogen habe und sich auch nicht überzeugen lasse, daß nur radikale Reformen in Mazedonien eine Aenderung herbeiführen können.

Eine angebliche Zerkünderung Kaiser Wilhelms.

Wien, 3. Okt. Das „Nowoje Wremja“ bringt nach einem Petersburger Telegramm die Nachricht, Kaiser Wilhelm habe auf die Frage des Grafen Berchtold, ob er im Falle eines Vorgehens Österreich-Ungarns auf dem Balkan als Bundesgenosse Österreich-Ungarns dessen Aktion unterstützen werde, wie seinerzeit während der Krise nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, eine ablehnende Antwort gegeben.

Eine amtliche deutsche Fleischverkauf im Ausland.

Eine Wänderung des Fleischbeschaugesetzes.

Von gut unterrichteter Seite wird dem „V. T.“ geschrieben:

Am der Fleischnot im Deutschen Reich abzuhelfen, wird die Denkschrift der Ämtern aus dem Balkan halber einmündlich für Fleischverkauf nicht in Betracht kommen, auf die über die letzten Vorkämpfer zurückgegriffen werden müssen. Mit Rücksicht darauf, daß wir schon kurz gemeldet haben, mehrere deutsche Bundesregierungen nächsten den Antrag auf Wänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu stellen. Bei der Erörterung dieser Anträge wird, wie wir hören, eine erhebliche Rolle die Frage spielen, ob es nicht anzunehmen sei, in den überseeischen Ländern, die für eine Fleischexport nach dem Deutschen Reich hauptsächlich in Betracht kommen, beispielsweise in Argentinien, eine amtliche deutsche Fleischverkauf einzurichten. Zu überlegen würden dabei die Bedenken der Regierungen der überseeischen Länder sein, die mit Rücksicht auf ihre Souveränitätsrechte oder aus anderen Gründen das Wirken amtlicher deutscher Fleischbeschauer auf ihrem Grund und Boden ablehnen könnten. Diese Bedenken würden aber vielleicht zu überwinden vor der Aussicht, sich auf diese Weise einen großen Absatz für Fleisch zu schaffen. Gelänge es, eine amtliche deutsche Fleischverkauf für das nach dem Deutschen Reich zu sendende Fleisch einzurichten, so müßten diese Abnehmerregeln, die man jetzt für notwendig hält, sich als überflüssig erweisen, und es würde möglich sein, bestmögliche auch in Deutschland aus Argentinien nach dem Deutschen Reich einzuführen. Die erwähnten Anträge werden danach zum Teil dahin gehen, dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes einen Zusatz anzufügen, der besagt, daß die Vorschriften des § 12 außer Kraft treten, wenn das Fleisch an Ort und Stelle eine amtliche Prüfung seitens deutscher Fleischbeschauer bestanden hat. Ob diese Anträge durchgehen werden, erscheint nach der vor kurzem veröffentlichten amtlichen Rundgebung der preussischen Regierung fraglich. Jedenfalls werden aber die Anträge der Gegenstand eingehender Ermüdungen und Verhandlungen sein.

Dr. Solf über die Zukunft Deutsch-Ostafrikas.

Beim Abschiedsessen in Tanga hielt der Staatssekretär Dr. Solf eine Ansprache an die ihm zu Ehren versammelten Anwesenden, wobei er in großen Zügen die Zukunft Deutsch-Ostafrikas entwickelte. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ führte er u. a. aus:

Zwei Gesichtspunkte sind es, von denen aus ich zu Ihnen sprechen will, zumal auch zu Ihnen, meine Herren Pfälzer, der eine: was in der letzten Nummer der „Mambara-Post“ gestanden hat, hat einen wertvollen Einblick in Ihre Wünsche und Ihre Hoffnungen gewährt. Die Relationen, die mich mit Ihnen, namentlich mit denen unter Ihnen, welche sich dem Pfälzerberuf gewidmet haben, verbinden, sind in diesem Artikel richtig dargestellt. Den zweiten Gesichtspunkt, aus dem ich zu Ihnen sprechen möchte, wähle ich aus den Ausführungen des Herrn Bezirksamtmannes. Er sprach von der „afrikanischen Sphinx und ihren Rätseln“, von Ihren im Schutzbiet untergenommenen „Detailversuchen“ zu ihrer Lösung. Nicht nur hier, auch in der Heimat, dort mehr das Allgemeine treffend, wird an der Lösung dieses Rätsels gearbeitet. In den fünfzehn Jahren, die seit der Zeit, in der ich die Ehre hatte, als Beamter im Dienste des Schutzbietes zu stehen, verfloßen sind, ist etwas ganz Neues hier entstanden. Das, was hier geschehen und getan ist, hatten wir damals nicht erwartet. Ich habe also auch hier aufs neue gelernt. Und nicht nur hier. Auch auf der Reise nach Deutsch-Südwestafrika und Portugiesisch-Ostafrika habe ich vieles gesehen und erfahren. Ich bedauere nur, daß nicht der eine oder der andere von Ihnen, meine Herren, auf dieser Reise mit mir begleitet hätten. Ich bin der festen Überzeugung, Sie würden auf Grund der Vergleichsmöglichkeiten neue Zuversicht für dieses schöne Schutzbiet gewonnen haben. Sie würden erkannt haben, daß das schwierige Problem, unter dem Sie zu leiden haben, kein spezifisch ostafrikanisches ist, sondern ein allgemeines in afrikanischen Ländern. Da ich möchte noch weiter gehen. Dieses Problem tritt überall da auf, wo in tropischen Gebieten weiche Herrschaften mit farbigen Untertanen in Kontakt kommen. Die Regierung erkennt auch in Ostafrika die Schwierigkeit der Lösung dieses Problems an und bedauert, daß wir der Lösung hier noch nicht näher gekommen sind. Zu diesen Schwierigkeiten des Problems an sich tritt nun noch eine neue. Mancher unter Ihnen glaubt, die Regierung scheue noch auf dem Standpunkt, die Erziehung Ostafrikas könne nur durch die Eingeborenen und den Handel mit ihnen erfolgen. Man sehe den weißen Pfälzer in Ostafrika nicht gern. Das ist nicht der Standpunkt der Regierung. Auch in Südwest a. S. sieht sie nicht allein ein Viehzuchtstand. Was ich schon vor einiger Zeit in Morogoro ausgeführt habe, möchte ich hier noch einmal wiederholen: Eingeborenenkulturen können sehr wohl neben Pfälzungsbetrieben bestehen. Man kann hier sehr wohl das eine tun und das andere nicht lassen. Man lasse die Eingeborenen ruhig ihre Kulturen. Andererseits wird die Regierung aber auch nicht verfehlen, daß wir in Ostafrika eine deutsche Kolonie haben. Sie wird nicht verfehlen, daß durch den Bau von Eisenbahnen an Sie der Ruf ergangen ist, mitzugehen und mitzuarbeiten, und daß wir Sie so veranlaßt haben, hierher zu kommen. Mit Recht kann sich Deutsch-Ostafrika auf Grund dessen, was hier geschieht, schon jetzt an die Seite der Kolonien anderer Nationen stellen. Die Regierung möchte nicht angeht, daß sie nichts tun wollte, um Ihnen zu helfen. Ausreden möchte ich Ihnen heute den Gedanken, die Regierung glaube, der Weiße gehöre nicht in dieses Land. Das ist nicht der Standpunkt der Regierung, ich wiederhole es, und es ist das nicht nur meine Ansicht, sondern auch die Ihres Gouverneurs, mit dem ich gerade auf dieser Reise wieder lang und ausführlich über diese Frage gesprochen habe. Wenn nun also die Regierung die Schwierigkeiten Ihrer Lage anerkennt und bereit ist, Ihnen zu helfen, dann müssen Sie auch gerecht sein. Wenn Ihnen die Regierung die Hand reichen will, gibt es auch für Sie Schwierigkeiten. In dem Parallelprogramm der widerstrebenden Kräfte von Schwarz und Weiß muß der Gouverneur die Diagonale zu ziehen wissen. Seien Sie mit mir davon überzeugt, daß er diese Frage richtig einschätzen und ihrer Lösung entgegenführen wird. Also Zusammenarbeit mit dem Gouverneur zum allgemeinen Besten!

Deutsches Reich.

Zum nächstjährigen Haushaltsplan.

N. Berlin, 4. Okt. Zum nächstjährigen Haushaltsplan erklärt die „Post“:

Es dürfte, da die entsprechende Vereinbarung zwischen Bundesrat und Reichstag sich mindestens noch auf das nächste Haushaltsjahr bezieht, als sicher angenommen werden, daß in den Haushaltsplänen des Reiches und Preußens für 1913 die gegenwärtigen finanziellen Beziehungen so geregelt sein werden, wie im letztjährigen Haushaltsplan. Im nächstjährigen Haushaltsplan wird die als Einmalige erscheinende Materialumlage so normiert sein, daß sie den Betrag der als Ueberweisungsfleuer geltenden Konsumsteuerverbrauchsabgabe um eine rund 80 % für den Kopf der Bevölkerung entsprechende Summe übersteigt. Im preussischen Haushaltsplan wird der durch die Ueberweisungsfleuer nicht gedeckte Materialbeitrag als Ausgabe in ähnlicher Höhe berechnet werden.

Der brasilianische Minister des Auswärtigen über den deutschen Kaiser.

P. Gesandtschaft eines Festmahls zur Feier des Vertragsabschlusses über den Ausbau der Santos-Catharina-Bahn hielt der brasilianische Minister des Auswärtigen, Dr. Laura Müller, eine Rede, in der er sich mit wärmender Anerkennung über die Persönlichkeit unseres Kaisers aussprach. Wir entnehmen der „Holstenischen Post“, „Süd- und Mittelamerika“ darüber folgendes:

„Ich verehere den deutschen Kaiser, den ich das Glück hatte, persönlich kennen zu lernen, denn er ist ein wahrhaft großer Mann, groß als Herrscher und groß als Mensch. Weit entfernt davon, das Herrscherum als ein Anrecht auf Genuß zu betrachten, ist er vielmehr ein eifriger und unermüdetlicher Arbeiter, den es in dem arbeitsamen Deutschland, gibt. Und die Natur hat ihn mit solchen Geistesgaben ausgestattet, daß er selbst dann die Beachtung der ganzen Welt auf sich zieht, wenn er nicht an erster Stelle steht, denn er wäre dann noch immer ein großer Staatsmann geworden.“

Der Abschied von Grafenstaben.

Dieser Tage hat der durch seine deutsch-feindliche Gesinnung bekannt gewordene Direktor der Grafenstaben-Pflichte der Pfälzischen Maschinenbau-Gesellschaft, Theodor Henker, einen Urlaub angetreten, nach dem er wohl seine neue Stelle in den Belforter Werken beziehen wird, die durch die Trennung der Gesellschaft in eine deutsche

und eine französische Gruppe mit den elassischen Betrieben in seiner Verbindung mehr stehen. Eine Rückkehr auf den Grafenstaben der Pfälzischen Maschinenbau-Gesellschaft, da die preussische und die Pfälzische Maschinenbau-Gesellschaft ihre weiteren Aufträge an das Werk zum Ausschneiden des weiteren Grafenstaben Pfälzischen am 1. Oktober er. abhängig gemacht hatten. Nach der „Straßburger Zeitung“ sind als Nachfolger Henkers zwei um die Pflichte verdiente Profuristen in Aussicht genommen.

Ein neuer Spionageprozeß vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 4. Okt. Vor dem Reichsgericht findet am 16. Oktober der Spionageprozeß gegen den früheren Briefkastenwärter Karl August Gschom, den früheren Fortifikationsdirektor Johann Berger und den Stadtschreiber Eugen Chikout, sämtlich aus Metz, statt, die des vollendeten Landesverrats angeklagt sind. Für die Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen, da 67 Zeugen zu vernahmen sind.

Worhan, 4. Okt. Gestern sollte vor der 4. Abteilung des Markauer Appellgerichts der Prozeß gegen den deutschen Artillerie-Leutnant Dohm beginnen, der, wie erinnerlich, vor mehreren Wochen in Alexandrowo verhaftet wurde unter der Anschuldigung, Spionage gegen Rußland getrieben zu haben. Die Anklage läuft auf die Artikel 49 und 111 des neuen russischen Strafgesetzes, die als Strafe fünfzehn Jahre Zwangsarbeit vorsehen. Im gestrigen Termin legte der Verteidiger Dahms, Rechtsanwalt Sobolewski, dem Gericht ein ärztliches Zeugnis vor, daß Leutnant Dohm krank ist und nicht vor Gericht erscheinen könne. Infolgedessen wurde der Prozeß vertagt und ein neuer Termin auf den 31. Oktober festgesetzt. Dahm ist bekanntlich gegen 30 000 Mark Kaution aus der Untersuchungshaft ins Ausland entlassen worden.

Sozialdemokratische Radfahrervereine.

N. Das Kammergericht hatte darüber Entscheidung zu treffen, ob die Arbeiterradfahrervereine, die dem Arbeiterradfahrerverband „Solidarität“ angehören, als politische Vereine anzusehen sind, die unter das Vereinsgesetz fallen. M. in der Nähe von Frankfurt a. O. war auf Grund des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil er es als Vorsitzender unterlassen hatte, die Veränderung im Bestande des Vorstandes binnen drei Tagen anzugeben, wie es das Vereinsgesetz in § 3 vorschreibt. M. behauptete, es handle sich nicht um einen politischen Verein, er sei daher nicht verpflichtet, die betreffende Vorfrist des Vereinsgesetzes zu beachten. Die Strafkammer verurteilte aber M. zu einer Geldstrafe, da es sich um einen politischen Verein handle, welcher das Statut des Bundes habe und das Organ des Bundes erhalte. Nach dem Bundesstatut werde nicht angenommen, wer den Interessen der Arbeiterhaft zuwider handle. Aus diesem Statut und den Artikeln aus dem Bundesorgan ergebe sich, daß sozialdemokratische Ideen verfolgt werden. Diese Entscheidung löst M. durch Revision beim Kammergericht an, welches die Revision als unbegründet zurückwies, da die Vereinstatuten ohne Rechtsirrtum ergangen sei. Ein Verein sei politisch, wenn er auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger oder die internationalen Beziehungen der Staaten untereinander einzuwirken bestrebt.

Schule.

Thüringer Lehrervereinigung.

N. Saalfeld, 3. Okt. Zu der heute beginnenden Lehrervereinigung waren bis Mittag gegen 700 Thüringer Lehrer hier eingetroffen. Nach einer Vertreterversammlung des Thüringer Lehrervereins für Naturkunde wurde vormittags 10 Uhr im „Hotel Prinz Ernst“ unter Vorsitz des Schuldirektors Wittorf (Hildburghausen) die Abgeordnetenversammlung des Allgemeinen Thüringischen Lehrervereins abgehalten. Die Militärkommission hat in einem auffälligen Vortrag die vom Seminar Offern abgegangenen Kandidaten über den Thüringischen Lehrerverein und die Militärkommission unterstützt. Die Kommission hat als Kosten des einjährig-freiwilligen Dienstes die Summe von 1600 bis 2400 M., für den einjährig-activen Dienst eine solche von 600 bis 1000 M. ermittelt. Sie rät den jungen Lehrern, einjährig-freiwillig und erst nach dem Staatsexamen und in nicht zu teuren Garnisonen zu dienen. Die Gehaltskommission hat nicht getagt. Die Gehaltsdirektoren der Lehrer hat zwar den Landtag beschäftigt, doch haben die Wünsche der Lehrer eine Erfüllung nicht gefunden. Nach wie vor wird die Kommission an den Landtag mit der Forderung herantreten, Grundgehalt und untere Alterszulage der Lehrer zu erhöhen. Saalfeld-Stadt hatte den Antrag gestellt, der Lehrerverein wolle die Gründung der Bundeskassenanstalt anregen. Der Antrag wird angenommen. Ein weiterer Antrag der Konferenz Saalfeld-Stadt forderte die Gültigkeit der Zeugnisse der Meiningener Lehrer auch für Preußen, wie das Preußen bezüglich der Zeugnisse der Meiningischen Lehrern bereits bewilligt hat. Der Antrag wird angenommen. Während der Tagung der Abgeordnetenversammlung des Allg. Lehrervereins tagten gleichzeitig drei andere Lehrervereine, nämlich die von Reuß i. L., von Schwarzb.-Sondershausen und S. Weimar.

Zweiter deutscher Schulreformkongreß.

München, 2. Oktober. Unter größter Beteiligung der hervorragenden deutschen Pädagogen und anderer an Fragen der Jugendbildung und Jugendbildung interessierter Persönlichkeiten trat hier der Bund für Schulreform zu einem zweiten deutschen Kongreß zusammen. Der 1910 in Berlin gegründete Bund will alle Fragen der Jugendbildung und Jugendbildung in sein Arbeitsprogramm aufnehmen. Unter den Vortragenden befindet sich auch der bekannte Münchener Pädagoge Oberlehrer Dr. Georg Kerscheneier, der die aus dem Wesen der Bildung sich ergebenden allgemeinen Forderungen für die Gestaltung der Schultypen und ihrer Schulpläne behandelt wird. In der Einleitung zu dem Kongreß legt das vorbereitende Komitee u. a.: Der Bund für Schulreform tagt jetzt feierlich zum zweiten Male und hat sich neuer Mächten zur Tagung ausgedehnt. Mit großem Recht. Denn es markiert auf dem Gebiete der Jugendbildung, besonders durch seine unerschöpflichen Volksschulen und

Sehr preiswerte Neuheiten in Brillantschmuck, Juwelen, Gold- und Silberwaren, Tafelgeräte u. Besticksachen.

== GEGRÜNDET 1889 ==

Eigene Goldschmiedewerkstoff und Fabrikation jugenloser Trauringe.

Paul Maseberg

Uhrrmacher und Juwelier, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 48. Fernr. 2477.

Grosse Auswahl Glashüter und Genfer Präzisionsuhren, Goldene u. Silberne Herren- u. Damenuhren, Armbanduhren etc. Moderne Zimmeruhren und jede Art Uhren. Ausstellungen I. Etage und Maseberg-Passage.

Schriftliche Garantie.

Atelier für Reparaturen und Präzisionsregulierungen.

durch geniale Männer wie Kerstensteiner, den anerkannten Vorkämpfer der modernen Volksschule, an der Spitze des fortschrittlichen Schulvereins Deutschlands. Der Bund für Schulreform ist der allgemeine deutsche Verband für Erziehungs- und Unterrichtswesen, hat über ganz Deutschland Verbreitung gefunden und ist sich aus allen Schichten der Bevölkerung, Fachleuten und Laienfreien zusammenschlossen. Er bewirkt den engeren Zusammenhalt und die gemeinsame Tätigkeit aller, die überzeugt sind, daß unsere Kultur eine zweckmäßigere Gestaltung der Bildungsarbeit in Schule, Haus und Leben fordert und daß für diese Arbeit die Entfaltung der jugendlichen Persönlichkeit und der Bildungsgebeut der Kultur der Gegenwart maßgebend sein müssen. Als Hauptaufgabe erkennt der Bund für Schulreform die Bekämpfung und Vermeidung des Interesses für Erziehung und Unterricht in den weitesten Kreisen und die Anregung zu zielbewußter Arbeit auf allen Gebieten der Jugendbildung. Ganz fern liegt es dem Bund, gewaltsame, katastrophenartige Umwälzungen herbeizuführen zu wollen, vielmehr betrachtet er es als seine Hauptaufgabe, einer natürlichen stetigen und organischen Entwicklung der Jugendbildung vorzuarbeiten und den Bildungsgebeut mit der modernen Kultur in Einklang zu bringen. Der Bund sucht sein Ziel zu erreichen u. a. durch Berücksichtigung aller der Ergebnisse der modernen Forschung auf dem Gebiete der Psychologie und Jugendkunde, durch Verleite und gegenseitige Aussprache und durch Eingaben an die für die weitere Entwicklung des Erziehungsweins maßgebenden Behörden und Körperschaften. — Den Eröffnungs-vortrag hielt Professor Dr. Cornelius (Frankfurt a. M.) über „Das Wesen der Bildung und ihre Bedeutung für die Schule“.

Heer und Flotte.

Flaggsschiff „Friedrich der Große“.

Das neue Flottensflaggschiff „Friedrich der Große“ wird am 15. Oktober unter dem Kommando des Kapitäns zur See Fuchs in Dienst gestellt.

Das Wrack des Torpedobootes „G. 171“.

Das Wrack des gesunkenen Torpedobootes „G. 171“ ist nun norwegischen Bergungsverein angewunden worden. Wegen des unruhigen Wetters war ein Taucherverzug bisher nicht möglich.

Kleine vermischte Nachrichten.

Volksschulgesetz in Sachsen. Der sächsische Kultusminister Dr. Bed betonte in dem dem Volksschulgesetz vorgehenden Zwischen-ausschuss der zweiten Kammer, daß die Regierung lieber das ganze Gesetz liegen lasse, als auf die konfessionelle Schule verzichte. Hierauf gaben die nationalliberalen Mitglieder des Ausschusses die Erklärung ab, daß ihre Fraktion, um das Gesetz nicht zu gefährden, das große Opfer bringen und auf die Simultanklausel verzichten werden. Dieser Umfall in einer Prinzipienfrage wird von den Nationalliberalen im Lande mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen worden. Die Fraktion selbst ist in der Frage nicht einig. So hat sich schon im Volksschulausschuss Dr. Jöpel der Erklärung nicht angeschlossen.

Reichstagsabg. Becker-Eppelblingen ist an einem schweren Gallensteinleiden erkrankt. Abg. Becker gehört, da ihn die Nationalliberalen nicht aufnehmen wollten, keiner Fraktion an.

Hof- und Personalmeldungen.

Jagdflug des Reichstagskassiers.

Halbamtlich wird mitgeteilt: „Der Reichstagskassier Dr. von Schumann soll sich am Donnerstag abend zu kurze m Akenfahrt nach Vinderhof begeben. Er folgt damit einer vor längerer Zeit angenommenen Einladung des Prinzregenten von Bayern. Der Reichstagskassier hat diesen Besuch nicht in letzter Stunde ablehnen wollen, um nicht der grundlosen Behauptung wegen Gefährdung des Friedens unter den Großmächten durch die Ballawittern Nahezu zu geben.“

Ausland.

Ausicht auf Beilegung des spanischen Eisenbahnerstreiks? Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten in Madrid, ist nunmehr einige Hoffnung vorhanden, daß vor Ablauf der achtzigsten Frist eine Einigung zwischen Eisenbahnern und Gesellschaften erzielt wird, zumal die Eisenbahner gewillt scheinen, ihre ursprünglichen Ansprüche erheblich zu reduzieren. In der Presse erscheinen fortgesetzt miteinander völlig im Widerspruch stehende Artikel über die Rentabilität der spanischen Eisenbahnen. Während von den Gesellschaften behauptet wird, daß in den letzten Jahren überhaupt keine Dividende zur Verteilung gekommen sei, wird dieser Behauptung von den Eisenbahnern auf das energischste u. überproben.

Vermischtes.

Sturmverwüstungen in Petersburg.

Am Donnerstag hat ein orkanartiger Sturm eine teilweise Ueberflutung in Petersburg herbeigeführt. Im Zentrum der Stadt waren die niedrigergelegenen Teile, darunter die Admiralität (in der Nähe des kaiserlichen Winterpalaes) so weit überflutet, daß das Wasser in die Kellerwohnungen eindrang. Dergleichen ständen die Kamens Starja Derowaja, ein Teil der Kremlowsti-Insel, des Kamens Ostrow und der Apothekerinsel, auf der der Lotanische Garten liegt, unter Wasser. Auf der Kremlowsti- und Zeselininsel hat das Wasser im kaiserlichen Park große Verwüstungen angerichtet und mächtige Baumrieten entwurzelt. Der Sturm rief auf der Newa zahlreiche Schiffshavarien hervor. Das ganze Ufer von Peterhof bis Wlgora zur Chaussee war unter Wasser gelegt. Von einem um die Mittagszeit über die Nikolatrabise gehenden Leichenzug wurde der Sargdeckel vom Sturm abgerissen und in die Newa geschleudert. Petersburg hat seit Jahrzehnten seinen berartigen Orkan erlebt, der auch in den benachbarten Forsten bedeutenden Schaden angerichtet hat.

Zum fall Schäfer.

Wird ein Mord oder sonst ein schweres Verbrechen verübt, so sind auch schon wenige Stunden nach Bekanntwerden des Ereignisses Kriminalpolizei, Staatsanwalt und Untersuchungsrichter zur Stelle. Welt fassender sind die Rekonstruktionen und Nachahmungen von Tatensvorgängen. Im Gerichtssaal während einer Verhandlung verübt man ja häufig, die Stellungen, die die Zeugen und Täter in dem Augenblick hatten, als die Tat geschah, möglichst genau wiederzugeben, um ein kleines Bild von der Soelage zu gewinnen. Aber außerhalb des Gerichtssaales sind solche Rekonstruktionen eine Ausnahme.

Donnerstag fand in Frankfurt a. M. eine solche Rekonstruktion der Tatensvorgänge in dem bekannten Verbrechen gegen den Lotteriefollektur Ferdinand Schäfer aus Düsseldorf statt. Bekanntlich sollen bei der Ziehung der Lustfahrlotterie, die am 26. Juni in Frankfurt stattfand, Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. Schäfer, dem der Vertrieb der Lose übertragen war, wurde unter der Beschuldigung verhaftet, daß er die beiden Hauptgewinne durch untaulere Manipulationen in seinen Besitz brachte.

Wechselkassungen.

N. Hanau, 4. Okt. Wechselkassungen in Höhe von 100 000 Mark hat hier der Sohn des in Konkurs geratenen Bauunternehmers Had begangen. Er ist seit einigen Tagen aus Hanau verschwunden.

Die Pest auf Java.

N. Amsterd., 4. Okt. Aus Batavia wird gemeldet, daß in Seerabaha auf Java zwei Pestfälle mit tödlichem Ausgang vorgekommen und verschiedene verdächtige Fälle festgestellt worden sind.

Drei Opfer der Reichsversicherung. Daß wichtige Jungfrauen nicht in Verlegenheit geraten, wenn triftige Gründe zugunsten der Ehe ins Treffen geführt werden sollen, zeigt eine kleine Anzeige, die dieser Tage in einem Frankfurter Blatte das Licht der Druckerschwärze erblickte: „Ernigemeint.“

Drei junge hübsche Damen, die von der Reichsversicherung befreit sein möchten, wünschen baldige Heirat mit Herren in festerer Lebensstellung. Offerten... um.“

Ob die angeführte Reichsversicherung in gleichem Maße auch das stärkere Geschlecht zur Ehe anregt?

Verhaftung eines deutschen Gelehrten in Ungarn. In Zalathna hat Donnerstag die Gendarmerie den Geologen Friedrich Ohms aus Berlin verhaftet. Ohms soll vom preussischen Geologischen Landesinstitut zum Studium der Almas-Mindsgenter Goldbergwerke entsendet worden sein, ohne daß hieron die ungarischen Behörden verständigt worden wären. Der unbekante Geologe drang ohne jede Erlaubnis in das Letztere Schmelzfließbergwerk ein, worauf ihn die Obergungarische Berg- und Hüttenwerks-A.G. durch Gendarmen verhaften ließ. Ohms legitimierte sich und wurde sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Er kehrte alsdann nach Berlin zurück. Wie hierzu von dem Direktor der Königl. Geologischen Landesanstalt Geh. Bergrat Dr. Beschlag mitgeteilt wird, hat die Anstalt keinen Geologen zu Studienzwecken nach Zalathna entsandt. Ein Geologe des Namens Ohms ist bei der Direktion der Anstalt außerdem völlig unbekannt. Es könne sich daher nur um eine Mistfi-

ktion handeln, oder aber um einen Schwindler, der den Namen der preussischen Behörde mißbraucht.

Ein Widerer erschossen. Die Wildbiebereien nehmen in den Jagden im Taunus in Folge der Fleischsteuerung außerordentlich zu. Aus allen Kreisen laufen vielfach Klagen ein, auch Zusammenstöße mit den Jagdpächtern und Wildbiebern erfolgen täglich. Der Zimmereigle Joseph Jung aus Heiligst wurde, der „Kleinen Presse“ zufolge, beim Wildern, als er auf den Jagdpächter anlegte, erschossen.

Kunst und Wissenschaft.

Internationale Kunstausstellung München 1913. Nachdem das Zentralkomitee der XI. Internationalen Kunstausstellung vor einiger Zeit die konstituierende Sitzung hatte, werden demnächst die eigentlichen Arbeiten für Durchführung dieser großen Veranstaltungen beginnen. Professor Hans von Peter sen ist erster Präsident, Akademiedirektor Hugo Preißner von Haber mann zweiter Präsident des Zentral-Komitees und der Ausstellung.

Ueber das verwahrloste Schillergrab in Weimar sind in letzter Zeit Notrufe in der Presse laut geworden. Die haben dem weimarischen Regierungsvorstand Veranlassung gegeben, an den zuständigen Stellen über die Angelegenheit Erundigungen einzufordern. Demnach hat sich die Goethegesellschaft „in der Tat“ bisher zur Wiederanrichtung von Schillers Grabstätte über zu einem der Geldbeitrag dazu nicht entschließen können, was ihr nach Lage der Verhältnisse kein Verstoß über nehmen kann. Gegen die Nichtigkeit der französischen Entsendung sind von landesfremdlicher Seite nachträglich vorläufig noch nicht allseitig entfräufte Einwendungen erhoben worden und somit ist die ganze Frage durchaus noch nicht endgültig geklärt. Nach Aussage des in einigen Wochen erscheinenden französischen Werkes beauftragt der Gemeinderat der Stadt Weimar, mit der Goethegesellschaft von neuem in Verhandlung zu treten darüber, ob sie die ganzen oder einen Teil der Kosten tragen will. Wie weiter gemeldet wird, hat Prof. von Fricke sich erhoben, unter Voraussetzung, daß die Frage der Ueberbauung des Kassengemäudes eine betreffende Uebung erhebt, die Sargplatte zu stiften.

Wämerfunde in Norwegen. Wie aus Christiania gemeldet wird, wurde kürzlich in Etjeberg ein altes Grab entdeckt, in dem sich Glaswaren und Schmuckstücke als Beigaben für den Toten gefunden. Die Objekte wurden von einem Archäologen, Professor Gustafson, geprüft, der feststellte, daß sie aus dem ersten nachchristlichen Jahrhundert stammten und römischen Ursprungs sind. Daraus geht hervor, daß schon in jener frommen Zeit ein Handelsverkehr zwischen Italien und Norwegen bestanden hat. Natürlich sind die römischen Kaufleute nicht direkt nach Skandinavien gekommen, das wohl kein antiker Mensch jemals betreten hat, sondern die Waren sind aus Deutschland durch Taushandel von Stamm zu Stamm bis in den hohen Norden gewandert.

Ein neu entdeckter Gainsborough. In New Rochelle ist ein neues Gemälde von Gainsborough entdeckt worden. Das Bild stellt den Kopf und die Schultern einer jungen Frau dar und befindet sich im Nachlaß einer vor mehreren Jahren verstorbenen Frau Bolton. Die Sachverständigen des Westport-Museums schätzen den Wert des Bildes auf 70 000 Doll. (ca. 300 000 Mk.). Infolgedessen ist unter den Erben der verstorbenen Frau Bolton ein lebhafter Streit um den Besitz des Bildes entstanden, der voraussichtlich noch die Gerichte beschäftigen wird.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Ein neues Schuhhaus wird am Sonnabend, den 5. Oktober, vormittags 10 Uhr, unter der Firma „Schuhhaus Reptun“, Große Ulrichstraße 69, im Hause des Herrn Baumwollfabrikanten Wau eröffnet werden. Die Firma bringt nur elegante und neueste Formen bei einem äußerst billigen Einheitspreise zum Verkauf. Die Schaufenster-Auslagen geben den besten Beweis für die reiche Auswahl der Firma. Vom Sonnabend bis Montag erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paar Herren- oder Damenstiefel noch ein Gratispränt. Die Firma unterhält in allen größeren Städten Deutschlands Filialen. (Näheres siehe Inserat.)

Geschäftsweiterung. Herr Fleischermeister Franz Kopf, welcher in seinem Grundstück Mansfelderstr. 10 nahezu 25 Jahre eine Rind- und Schweinefleischerei betreibt, eröffnet am Sonnabend, den 5. Oktober, ein Filialgeschäft im Grundstück Mannheiserstraße 10.

Jopf-Siebert. Das unter dieser Firma seit ca. 10 Jahren bestehende und allen unseren Lesern bestens bekannte, altrenommierte Spezial-Haargebäckerei, hat in Anbetracht des umfangreichen Kundenkreises sich veranlaßt gesehen, sein Geschäft, Zeiligerstraße 33, zu erweitern und nur noch allein den Verkauf und das Anfertigen von Zöpfen und sämtlichen Haararbeiten zu betreiben — Jopf-Siebert liegt somit als größtes Spezialgeschäft am Platz bei. Der Damen-Frisieralon bleibt in unänderter Belk Verbleibend. 79 II befehlen. Unseren Lesern empfehlen wir, das Nähere dem heutigen Inserat zu entnehmen.

Konserven, Geflügel u. Fleischwaren Pottel & Broskowski in bester Qualität, reichhaltigster Auswahl und zu billigsten Preisen Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

